

Grüne wollen schnellere Verkehrswende

Fraktion fordert in Positionspapier mehr Finanzmittel und stärkere Förderung des Fuß- und Radverkehrs

VON PASCAL FALTERMANN

Bremen. Die Bremer Grünen-Fraktion fordert mehr Geld und eine bessere Förderung des Fuß- und Radverkehrs in der Hansestadt. Vor allem für die „oft vergessene Verkehrsart“ – den Fußverkehr – setzt sich die Partei ein. So soll erstmalig ein eigener Haushaltsposten für die Fußgänger geschaffen werden, wie aus einem Positionspapier hervorgeht, das dem WESER-KURIER vorliegt. Zudem soll der Bereiche personell gestärkt werden, um die Interessen der Fußgänger besser zu vertreten. Für den Radverkehr sollen laut dem Papier der Grünen ab dem Haushaltsjahr 2020 die Mittel in einem ersten Schritt von 6,70 Euro auf 26 Euro pro Einwohner vervierfacht werden. Die rot-grüne Regierungskoalition war und ist sich bislang einig, dass Bremen fuß- und fahrradfreundlich sein soll. Die Ansätze der Grünen gehen nun einen Schritt weiter, sind ein Stückweit radikaler. Es sind Forderungen, die in der laufenden Legislaturperiode nicht mehr umgesetzt werden. Die verschiedenen Positionen der Grünen haben aber alle Eingang in das beschlossene Wahlprogramm gefunden. Wenn die Bremer Grünen nach der Wahl in der Regierungsverantwortung bleiben, soll das alles zu einem zentralen Thema werden, heißt es. Eine Übersicht der Forderungen und Ideen.

Finanzen: Immer wieder hat Ralph Saxe, der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, in Bürgerschaftsdebatten den Etat für den Radverkehr erwähnt und angeregt, ihn schnell zu erhöhen. Bremen gebe laut seinen An-

gaben aktuell 6,70 Euro pro Einwohner jährlich für den Radverkehr aus. Das sei zwar immerhin mehr als eine Verdoppelung im Vergleich zu den Zeiten der großen Koalition, laut einer Greenpeace-Studie liege Bremen damit aber nur auf einem guten Mittelfeldplatz. Berlin habe unter einer rot-rot-grünen Regierung die Mittel auf 14 Euro erhöht. Amsterdam (elf Euro) oder Kopenhagen (35,6 Euro pro Einwohner) liegen seit Jahren höher. Da Bremen allerdings laut einer Studie der Universität Kassel deutlich mehr als 100 Euro für den Autoverkehr ausbebe, gebe es ein eklatantes Missverhältnis. In einer Diskussion in der Bürgerschaft zum öffentlichen Nahverkehr hatte Heiko Strohmann (CDU) die Berechnungen der Studie aus Kassel angezweifelt. Doch der Grünen-Politiker Saxe sagt: „Wir brauchen aber dringend eine Gleichberechtigung der Verkehrsarten für eine schnelle Verkehrswende.“ Mit der Erhöhung der Mittel für den Radverkehr im Haushalt 2020 soll dann unter anderem Geld für eine bessere Instandhaltung der Infrastruktur sowie für Fuß- und Radbrücken eingesetzt werden.

Infrastruktur für den Radverkehr: Die Grünen fordern, dass sich der Bund viel stärker an den Infrastrukturkosten der Städte und Gemeinden beteiligt. „Die Bundesregierung unternimmt für den Erhalt der Infrastruktur wenig, um die desolate Situation zu beheben“, sagt Saxe. Investitionen in Straßen, Radwege und Brücken seien dringend notwendig. Die Probleme seien nicht nur in Bremen und Bremerhaven, sondern in fast allen

Kommunen und Städten offensichtlich. Die vorhandenen Mittel reichen weder für die Instandsetzung noch für das Vorantreiben dringender notwendiger Neubauprojekte aus. Die von den Grünen gewünschten Fahrradbrücken Stadtwerder/Innenstadt, Hemelingen oder südlicher Europahafen/Woltmershausen seien ohne Mittelhöhung und ergänzende Bundesförderung nicht realisierbar. Auch die geplanten Radpremiumrouten seien ohne signifikante Mittelhöhung nur sehr langsam zu realisieren, heißt es in dem Papier.

Fußverkehr: Für den Fußverkehr gebe es in den meisten Städten wie auch in Bremen keine eigene Haushaltsstelle. Das soll sich nach Willen der Grünen ändern. „Der Fußverkehr wird bei Planungen oder bei Baustellen oft vergessen, auch weil er keine große Lobby hat“, sagt Saxe. Dabei zeigen Studien zur Lebensqualität, dass Städte mit einem hohen Fußverkehrsanteil wie Zürich mit 35 Prozent oder Wien (27 Prozent) in den Vergleichen stets auf vorderen Plätzen landen, heißt es in dem Papier der Grünen. Beispielsweise durch die breiteren Gehwege beim umgestalteten Herdentorsteinweg sei ein gutes Projekt für den Fußverkehr umgesetzt worden. Auf Initiative der Grünen werde zudem wieder verstärkt auf Zebrastreifen und Querungshilfen gesetzt.

Mehr Personal: Damit die geforderten, höheren Gelder für den Rad- und Fußverkehr nicht in den Kassen liegen bleiben, ist es aus Sicht der Grünen notwendig, mehr Personal einzustellen. „Das könnten sieben bis zehn zusätzliche Stellen sein“, heißt es in dem Positionspapier. In Berlin sei der Radverkehrset verdoppelt worden, da aber gleichzeitig das Personal nicht aufgestockt wurde, konnte das Geld nicht ausgegeben werden. „Eine gute Planung und Umsetzung der Maßnahmen ist aufwendig und wichtig“, so Saxe.

Verkehrswende: Diskussionen und Debatten zur Verkehrswende in Bremen gab es schon einige. „Die finanzpolitischen Punkte müssen aber umgesetzt werden“, sagt Saxe. Daran sei es bislang immer gescheitert. Die Grünen unterstützen die Anfang Oktober aufgestellten Forderungen des Umweltbundesamtes. Dessen Vorstellungen für deutsche Städte klingen ambitioniert: Autos sollen zurückgedrängt, Fußgänger gestärkt werden. Auch die Zahl der Parkplätze soll drastisch reduziert werden. Für die Grünen gehören der Stadtumbau zugunsten des Fußverkehrs, breitere Geh- und Radwege, kürzere Wartezeiten für Fußgänger an Ampeln, ein konsequentes Parkraummanagement und mehr Zebrastreifen zu den wichtigsten Bausteinen. Vom Bund fordern sie unter anderem eine leichtere Einrichtung von Tempo-30-Zonen in Städten an Hauptverkehrsstraßen. Tempo 30 als Richtgeschwindigkeit innerorts sei das mittelfristige Ziel.



SPD fordert mehr Hospizplätze

Bremen soll Versorgung von Todkranken kurzfristig ausweiten und im Bundesrat aktiv werden

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Im Bremer Stadtgebiet sollen kurzfristig mindestens acht weitere Plätze in Einrichtungen zur Sterbebegleitung geschaffen werden. Diese Forderung erhebt die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft. Außerdem erwarten die Sozialdemokraten vom Senat eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel, für Todkranke einen Rechtsanspruch auf Hospizversorgung gesetzlich zu verankern. „Das ist dringend geboten, denn es gibt viele sterbenskranke Menschen, die vereinsamt sind und von niemandem die Zuwendung bekommen, auf die ein Mensch am Ende seiner Tage Anspruch haben sollte“, meint der SPD-Sozialpolitiker Klaus Möhle. Er hofft, dass sich die Grünen einem entsprechenden Entschließungsantrag in der

Bürgerschaft anschließen werden. Vom Koalitionspartner ist zu hören, dass das Thema voraussichtlich in der kommenden Woche in der turnusmäßigen Fraktionssitzung beraten werden soll.

Dass sich bei der Versorgung von Todkranken in den vergangenen Jahren schon einiges gebessert hat, gesteht Möhle durchaus zu. Ein wichtiger Schritt sei das 2015 vom Bundestag beschlossene Hospiz- und Palliativgesetz gewesen, mit dem die Sterbebegleitung in die Regelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) aufgenommen wurde. „Der steigende Zuschuss der GKV trägt insgesamt dazu bei, dass Hospizdienste mehr finanziellen Spielraum erhalten, auch um die Trauerbegleitung der Angehörigen mit zu unterstützen“, heißt es in dem SPD-Antrag.

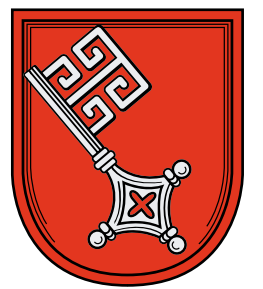
Gleichwohl sei das Angebot an Hospizplätzen bundesweit und auch in Bremen rein zahlenmäßig noch zu gering. Vielen Einrichtungen hätten lange Wartezeiten, so dass die Todkranken versterben, bevor sie dort unterge-

bracht werden können. Beispiel: die Bremer „hospiz:brücke“ am Waller Park, deren Warteliste im Schnitt zwanzig Personen aufweist. Ein Drittel dieser Personen schafft es in der Regel nicht mehr aufgenommen zu werden. Das noch relativ junge Lilje-Simon-Stift in Bremen-Nord ist durchgängig ausgelastet. Der Bedarf an zusätzlichen Hospizplätzen in Bremen liege also auf der Hand, sagt Klaus Möhle.

Ein bundesgesetzlicher Anspruch auf hospizliche Versorgung könne und müsse dieser Unterversorgung abhelfen. Die acht zusätzlichen Plätze in der Stadtgemeinde Bremen sollten nach Möhles Auffassung bis Ende 2019 bereitstehen. Sollte eine Finanzierung über Stiftungen nicht möglich sein, wäre aus seiner Sicht die Kommune gefragt.



Klaus Möhle (SPD) fordert eine bessere Versorgung todkranker Menschen.
FOTO: KUHAUPT



Es kommt nicht darauf an, was man hat, sondern darauf, wie man ist.
JEREMIAS GOTTHELF (1797 - 1854)

DAS WIRD HEUTE WICHTIG IN BREMEN

JUSTIZ Urteil erwartet

1 Im Prozess um den Mord ohne Leiche wird an diesem Dienstag voraussichtlich ein Urteil gesprochen. Im Juni 1993 verschwand eine junge Frau spurlos aus Bremen. Ihre Leiche wurde nie gefunden. 25 Jahre später wurde ihr damaliger Lebensgefährte wegen Mordes angeklagt. In ihren Plädoyers forderten Staatsanwaltschaft und Verteidigung einen Freispruch.

GESELLSCHAFT Sicherheit in der Szene

2 Unter dem Motto „Gemeinsam. Sicher. Feiern“ startet an diesem Dienstag eine Kampagne für mehr Sicherheit und Achtsamkeit in der Bremer Club- und Kulturszene.

KULTUR Neue Ausstellung

3 Vom 21. November bis 10. Februar ist in der Kunsthalle die Ausstellung „Sammlung Christa und Peter Bürger. Von Beuys bis Schwonkowski“ zu sehen. Bereits an diesem Dienstag gibt es erste Informationen zu der neuen Schau.

CDU und Grüne kritisieren Vorstoß

Pläne für Medizinstudiengang

VON LISA-MARIA RÖHLING

Bremen. Die Ankündigung der Gesundheitsbehörde, ein Konzept für einen Medizinstudiengang an der Jacobs University (JUB) in Bremen-Nord zu prüfen, hat sowohl bei der CDU als auch bei den Grünen für Verwunderung gesorgt.

Die Ankündigung habe die CDU überrascht, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Röwekamp, da ein Vorschlag seiner Partei zur Einrichtung eines Medizinstudiengangs an der Universität Bremen als unfinanzierbar von der Behörde abgelehnt worden sei. Grundsätzlich stehe die CDU-Fraktion weiterhin hinter ihrem Antrag, ein Medizinstudium nicht nur an einer privaten, sondern an einer öffentlichen Universität gebührenfrei anzubieten und dies in einer Machbarkeitsstudie für Bremen zu prüfen. Ein solches Studium sei „an der Universität auch für die künftigen Exzellenz-Wettbewerbe wissenschaftspolitisch hilfreich“, so Röwekamp.

Die Grünen-Fraktion verlangte ebenfalls eine Machbarkeitsstudie des Wissenschafts- und Gesundheitsressorts für einen Medizinstudiengang an der Universität Bremen und forderte ein Halt in der Planung für die Jacobs-Uni. „Das Konzept von Geno und JUB wirft viele Fragen auf. Ein gebührenfreies Medizin-Studium an einer Privatuni, die dringend auf Einnahmen aus Studiengebühren angewiesen ist, erscheint höchst seltsam“, erklärte die wissenschaftspolitische Sprecherin Henrike Müller. Die Idee einer medizinischen Ausbildung in Bremen solle zwar weiter diskutiert werden, aber auf Basis der Pläne des Gesundheitsressorts sehe man „keine Realisierungschance an der Privatuni.“

EINBRUCH

Spielautomaten geknackt

Bremen. In der Nacht zu Montag sind Einbrecher in ein Lokal im Steintor im Bereich der Sachsenstraße/Ecke Stedinger Straße eingestiegen und haben vier Spielautomaten geknackt. Die Täter hebelten die Eingangstür auf und drangen so in den Schankraum ein. Als der akustische Alarm auslöste, flüchteten die Einbrecher. Die Polizei sucht nun Zeugen. Hinweise nimmt der Kriminaldauerdienst unter Telefon 0421/3623888 entgegen. Die Polizei hat die Ermittlungen wegen besonders schweren Diebstahls aufgenommen. MAA